

**Wortprotokoll**

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Gesundheit, Pflege  
und Gleichstellung**

4. Sitzung  
27. März 2017

Beginn: 09.03 Uhr  
Schluss: 10.56 Uhr  
Vorsitz: Dr. Wolfgang Albers (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

**Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

**Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0011](#)  
**Cybermobbing stoppen – Gewalt im Internet** GesPflGleich  
**entschlossen entgegentreten**  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und  
Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke [0021](#)  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen GesPflGleich  
Drucksache 18/0183  
**Selbstbestimmtes, gewaltfreies Leben für Frauen in  
Berlin**

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße als Anzuhörende Frau Sandra Cegla von SOS – Sicherheit ohne Stalking, Frau Beate Köhler, Koordinatorin und Beraterin des Anti-Stalking-Projektes des FRIEDA-Frauenzentrums, Herrn Wolf Ortiz-Müller, den Leiter von Stop-Stalking und Frau Dr. Anja Schultze-Krumbholz, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaft der TU. Vielen Dank für Ihr Erscheinen! – Frau Schultze-Krumbholz hat eine Powerpoint-Präsentation übersandt und muss die Sitzung bereits um 10.30 Uhr verlassen. Wir müssen sehen, wie wir das zeitlich hinbekommen.

Ich nehme an, wir wollen ein Wortprotokoll anfertigen? – Das machen wir dann auch so. Gibt es Bedarf, die Besprechung zu begründen? Wer möchte? – Frau Kofbinger, bitte!

**Anja Kofbinger** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine lieben Anzuhörenden! Ich freue mich sehr, dass wir heute eine größere Anhörung mit vier Anzuhörenden haben. Ein Thema, das uns sehr wichtig ist in der Koalition, steht heute zur Anhörung. Cybergewalt, Cybermobbing, Cyberstalking, wie immer Sie es auch nennen wollen, ist ein Phänomen der neuen Zeit; das ist so in den sozialen Medien. Wir haben uns als Koalition auf die Fahne geschrieben, das aktiv zu bekämpfen und einen Antrag dazu vorgelegt. Dieser Antrag ist, wie Sie lesen können, sehr allgemein gehalten; Cybermobbing ist Teil des Antrages. Da geht es sowieso um Gewalt gegen Frauen. Deshalb freue ich mich sehr, dass wir das heute noch einmal etwas detaillierter besprechen können, denn über diesen Antrag hinaus, den wir heute vorlegen, ist es natürlich so, dass wir auch die nächsten Jahre gerne an diesem Thema weiterarbeiten möchten. Wir sind ja noch am Anfang; es ist noch viel zu tun. Auch rechtlich sind wir noch am Anfang. Auf der Bundesebene wird das ja rechtlich geregelt. Auch darüber können wir heute vielleicht kurz sprechen, was das für Berlin bedeutet, was wir da noch zu tun haben. Ich freue mich jedenfalls sehr, dass Sie da sind und habe auch schon ganz viele Fragen an Sie. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Gibt es weiteren Begründungsbedarf? – Sehe ich zunächst nicht. Dann kommen wir gleich zur Anhörung. Wer möchte beginnen? – Frau Schultze-Krumbholz, bitte!

**Dr. Anja Schultze-Krumbholz** (Institut für Erziehungswissenschaft, TU Berlin): Vielen Dank für die Einladung! Ich freue mich, dass das Thema auch jetzt bei Ihnen Interesse findet. Ich forsche bereits seit ungefähr zehn Jahren dazu. Ich habe Ihnen ein paar Dinge mitgebracht. Ich werde nicht jede Folie ausführlich Punkt für Punkt aufführen, denn ich weiß, ich habe nur fünf Minuten, aber ich habe Ihnen das mitgebracht, damit Sie diese Informationen der Vollständigkeit halber haben.



## „Cybermobbing stoppen – Gewalt im Internet entschlossen entgegenzutreten“

Dr. Anja Schultze-Krumbholz | Anhörung Abgeordnetenhaus Berlin | 27.03.2017

---

Als Erstes sollten wir uns einmal angucken: Was ist eigentlich Cybermobbing? – Sie werden möglicherweise, wenn Sie dazu recherchieren, über den Begriff Cyberbullying stolpern. Das ist der englische Begriff, den wir in der Wissenschaft sehr häufig verwenden, weil vieles in der Forschung erst einmal aus dem englischsprachigen Bereich kam. Generell ist Cybermobbing das Belästigen, Beleidigen, Demütigen unter Verwendung moderner Kommunikationsmedien und vor allem moderner Kommunikationskanäle. Wichtig ist dabei eine Schädigungsabsicht, wobei die im Cyberbereich immer schwer zu beurteilen ist. Generell aber ist das für die Definition ein wichtiges Kriterium. Natürlich ist das Opfer selbst sehr hilf- und machtlos, kann sich nicht wehren, kann die Inhalte nicht entfernen lassen und ist dem quasi ausgeliefert, ohne etwas dagegen tun zu können. Cybermobbing findet wiederholt statt, was nicht immer heißt, dass einer das immer wieder mehrfach machen muss. Über private Kommunikation schon – da heißt es dann, die Beleidigung findet wiederholt statt. Über die öffentlichen Kanäle reicht es eigentlich schon, wenn ein sehr demütigendes Bild geteilt wird, also wenn es hochgeladen und immer wieder geteilt wird. Auch das ist die Wiederholung, weil es immer wieder neue Leute sehen.



## Cybermobbing

(engl.: Cyberbullying)

- Belästigen, Beleidigen, Demütigen, ... mittels moderner Kommunikationsmedien
- Schädigungsabsicht auf Seiten des/der Täters/Täterin
- Hilflosigkeit/Machtlosigkeit auf Seiten des Opfers
- Findet wiederholt statt (z.B. durch Weiterverbreitung)

(Smith et al., 2008)

- Anonymität
- Öffentlichkeit

(Nocentini et al., 2010)

Cybermobbing | Anhörung Abgeordnetenhaus | Dr. Anja Schultze-Krumbholz | 27.03.2017 | Seite 2



Was ganz neu ist, in Abgrenzung zum klassischen Schulhofmobbing, ist das Ausmaß an Anonymität, die Möglichkeit der Anonymität, was auch die Folgen für die Opfer verstärkt, und das breite Ausmaß an Öffentlichkeit, dass es möglicherweise unbegrenzt gesehen wird, über Medienberichterstattung noch über nationale Grenzen hinaus verbreitet wird und die Betroffenen quasi gar keine Handhabe mehr haben, das entfernen zu lassen.

Zu den Auftretenshäufigkeiten: Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2013/2014 und beziehen sich auch nur auf Personen, bei denen das regelmäßig passiert oder die das regelmäßig tun, das heißt also auf Leute, die das zwei- bis dreimal im Monat erleben oder selbst tun. Da liegen in Deutschland die Zahlen so ungefähr um die 13, 14 Prozent jeweils für Opfer und für Täter. Die sind international ein bisschen höher. Wenn Sie andere Zahlen im Kopf haben, kann das daran liegen, wie Sie hier schon auf der Abbildung sehen, dass ganz unterschiedliche Studien zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Und wenn man sich das anguckt und die Leute, vor allem Kinder und Jugendliche, befragt, wer das überhaupt schon jemals erlebt hat, liegen die Zahlen noch deutlich höher. Aber im Schnitt kann man sagen, circa 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind in irgendeiner Form darin involviert, entweder als Täter, als Opfer oder in beiden Rollen. Gerade im Bereich Cybermobbing kommt es sehr häufig vor, dass das ein gegenseitiges Provozieren ist und Opfer schnell zum Täter werden.



## Auftretenshäufigkeiten

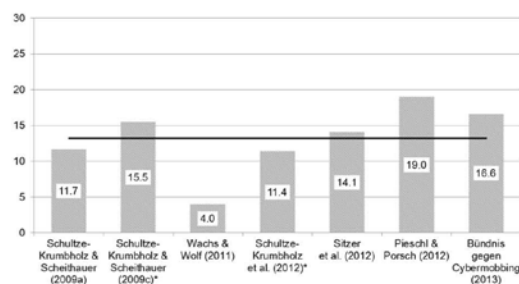
### Opfer

- Deutschland: ca. 13,2%
- International: ca. 15,2%

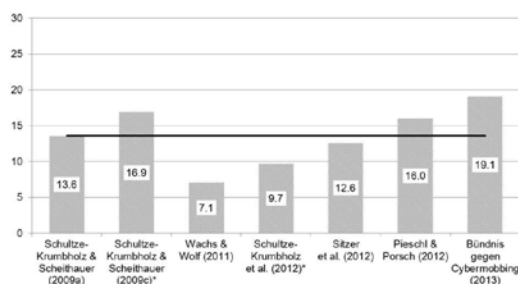
### Täter

- Deutschland: ca. 13,6%
- International: ca. 15,5%

(Modecki et al., 2014; Schultze-Krumbholz, 2015)



Aus: Schultze-Krumbholz (2015)



Aus: Schultze-Krumbholz (2015)

Die Folgen sind mitunter schwerwiegend, und wir haben sie aus den verschiedensten Funktionsbereichen. Wir haben gesundheitliche Folgen, beispielsweise körperliche Symptome wie Bauschmerzen. Wir haben psychologische Folgen, die sich auf den Selbstwert auswirken, dass die Opfer Angst zeigen, vereinsamen, sich isolieren, eine geringere Lebenszufriedenheit zeigen. Wir haben Folgen auch im Verhaltensbereich, dass Opfer mitunter auch aggressiver reagieren, zu Drogen und Alkohol greifen, um mit dem Problem umzugehen, bis hin zu Suizidgedanken. Was vor allem für die Schulen noch relevant ist, ist, dass Opfer eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, tatsächlich auch Waffen mit in die Schule zu bringen.



## Schwerwiegende Folgen

### Opfer

- Depression
- Verringerter Selbstwert
- Angst
- Einsamkeit
- Verringerte Lebenszufriedenheit
- Drogen-/Alkoholkonsum
- Verhaltensprobleme
- Emotionale Probleme
- Abnahme im prosozialen Verhalten
- Körperliche Symptome
- Stress
- Suizidgedanken
- Häufiger Waffen mit in die Schule
- ...

### Täter

- Depression
- Verringerter Selbstwert
- Angst
- Einsamkeit
- Verringerte Lebenszufriedenheit
- Drogen- und Alkoholkonsum
- Schlechte schulische Leistungen
- Werden zu Schulhofmobbern

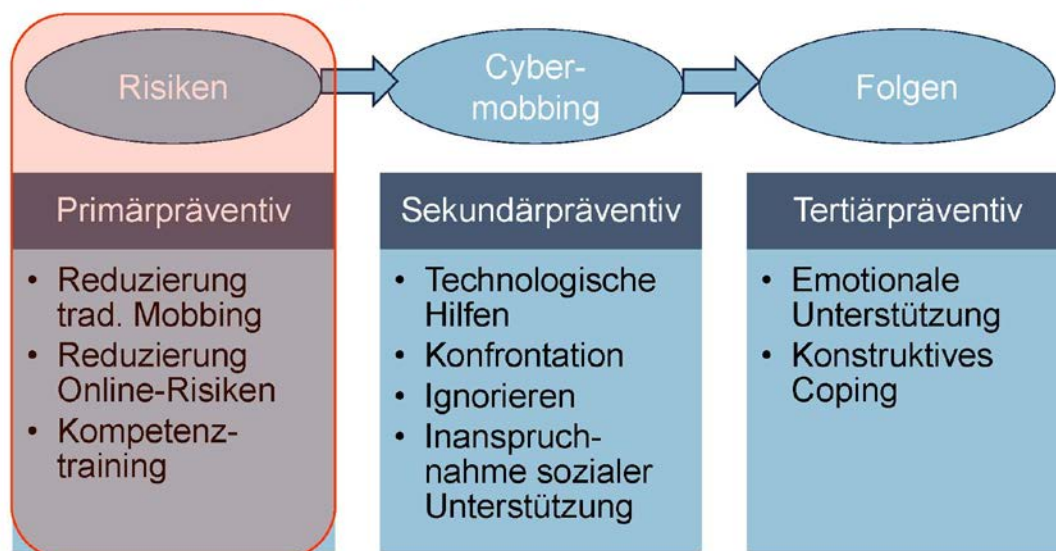
Kowalski et al. (2014), Ybarra et al. (2007)

Im Bereich der Täter lassen wir oft außer Acht, dass auch sie Probleme zeigen. Es ist nicht so, wie man häufig beim Schulhofmobbing vermutet, dass Täter sich dadurch stärker, besser fühlen, sich aufwerten, sondern auch hier haben sich verschiedenste Problembereiche gezeigt, dass die Täter mitunter sehr viel Scham, sehr viele Schuldgefühle erleben, was auch bei ihnen bis hin zu Suizidgedanken gehen kann. Sie sehen: Einen Teil der Folgen, die wir bei den Opfern sehen, finden wir auch bei den Tätern, was vielleicht dadurch zustande kommt, dass es generell diese Überschneidung zwischen Opfern und Tätern gibt.

Was könnte man tun, um Cybermobbing zu stoppen? – Ich gehe nicht das ganze Präventionsmodell mit Ihnen durch, sondern will nur zeigen, dass man, wenn man sich auf die Folgen von Cybermobbing konzentriert, also auf den Opferschutz, auf die Opfernachsorge, letztendlich eigentlich am Ende eines Prozesses ansetzt. Wir haben vorab Risiken, wir haben dann das tatsächliche Auftreten und sodann erst die Folgen. Auf jeder dieser Stufen gibt es schon Möglichkeiten, einzugreifen. Deswegen lautet mein Plädoyer stets, zeitig anzufangen, primärpräventiv, Kompetenzen zu fördern, dass Kinder und Jugendliche schon zeitig lernen, die Medien richtig zu nutzen und sie zeitig lernen, das Bewusstsein zu entwickeln, dass hinter dem anderen Bildschirm eine Person sitzt, dass das keine Maschine ist und dass dieser Cyberbereich kein losgelöster Raum, sondern ein sozialer Raum mit sozialen Regeln ist. Es gibt natürlich Möglichkeiten, auch im weiteren Prozess noch Dinge zu tun, aber um Cybermobbing zu stoppen, sollte man eigentlich schon direkt bei den Risiken ansetzen.



## Cybermobbing stoppen



nach Perren et al. (2012)



Eine dieser primärpräventiven Möglichkeiten ist das Programm „Medienhelden“, das wir an der FU entwickelt haben. Ich habe bis Herbst letzten Jahres an der FU gearbeitet, bin jetzt an der TU, und wir haben dort im Rahmen eines EU-Projektes „Medienhelden“ entwickelt. Das kann man im Schulunterricht umsetzen; das ist ein strukturiertes, manualisiertes Präventionsprogramm, das Lehrer mithilfe eines Buches eigenständig durchführen können. Dadurch ist es nachhaltig, weil die Lehrer es durchführen; die lernen das einmal und können das mit jeder nachfolgenden Klasse immer wieder durchführen. Das Programm zielt auf soziale Kompetenzen wie beispielsweise Mitgefühl, Perspektivenübernahme, moralisches Urteilen wie auch auf Internetkompetenzen, also: Wo sind die Gefahren? Welche Einstellungen kann ich vornehmen, um meine persönlichen Daten zu schützen?

Es richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler, also nicht an irgendwelche Risikogruppen, sondern an die komplette Klassengemeinschaft einer Schulklasse, um sowohl Täter quasi zu erwischen, zu sensibilisieren, ihnen Kompetenzen zu vermitteln, als natürlich auch Opfern deutlich zu machen, dass man jetzt über das Thema Bescheid weiß, dass man sich unterstützen kann. Ganz wichtig sind aber auch die Bystander oder Unbeteiligten, die bisher weder das eine noch das andere waren, aber die Möglichkeit haben, einzuschreiten und das zu stoppen. Auch die brauchen die Kompetenzen und das Bewusstsein, dass es demjenigen, den es trifft, schadet und dass man denjenigen deswegen verteidigen sollte.



## Cybermobbing stoppen: Prävention

- Strukturiertes, manualisiertes Präventionsprogramm für den Schulkontext
- Zielt auf soziale Kompetenzen (Mitgefühl, Perspektivenübernahme, Moral, ...) und Internetkompetenzen
- Richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler (Täter, Opfer, Bystander, Unbeteiligte) der Sekundarstufe I
- Abnahme von Cybermobbing
- Zunahme von Perspektivenübernahme, Selbstwert & Wohlbefinden
- Verhindert entwicklungsbedingten Anstieg von Aggression und Abnahme von Empathie



Wir haben das Programm wissenschaftlich evaluiert, wir haben es begleitet, während die Schulen es durchgeführt haben, und wir haben gefunden, dass mit der Verwendung dieses Programms das Cybermobbing in den Klassen abgenommen hat. Wir haben gesehen, dass



sich die Kompetenzen verbessert haben. Die Perspektivenübernahme hat zugenommen. Der Selbstwert hat sich verbessert. Die Schüler haben sich generell wohler gefühlt in den Klassen, in denen das Programm durchgeführt wurde. Wir haben auch gefunden, dass ein entwicklungsbedingter Anstieg von Aggressionen und Empathiemangel, wie wir ihn in den Kontrollklassen gesehen haben, in den Klassen mit dem Programm verhindert wurde.

Was sind unsere Empfehlungen aus dem, was wir aus der Forschung und unserer Arbeit wissen? – Ich bin noch gar nicht auf den Punkt eingegangen, wozu dieser Antrag eigentlich gestellt wurde, denn gerade in Bezug auf diesen Punkt gibt es noch ganz wenig Wissen. Wir wissen gar nicht so viel über Geschlechterunterschiede beim Cybermobbing. Wir wissen gar nicht so viel über inhaltliche Schwerpunkte beim Cybermobbing: Gibt es Unterschiede beim Cybermobbing, was Frauen und Männer, Jungen und Mädchen erleben? – Ganz viel Forschung gibt es im Moment im Schulkontext, im Jugendalter. Da gibt es noch einen ganz großen Forschungsbedarf, der oft daran scheitert, dass es an der Förderung fehlt.



## Empfehlungen

- Förderung von Forschung
- Förderung von Primärprävention
- Förderung evidenzbasierter Maßnahmen
- Unterstützung schulischer und außerschulischer Maßnahmen
- Unterstützung der polizeilichen Prävention
- Inpflichtnahme von Mobilfunk- und Internetanbietern sowie Seitenbetreibern

Natürlich immer wieder der Appell: Fördern Sie Primärprävention, um das Problem schon anzugehen, bevor es entsteht! Evidenzbasierte Maßnahmen sind ganz wichtig, dass man guckt, dass man Sachen hat, deren Wirksamkeit erwiesen ist oder die man erweisen kann. Schulische und außerschulische Maßnahmen sollten unterstützt werden, die polizeiliche Prävention sollte unterstützt werden. Die machen ganz tolle Arbeit, müssen sich aber häufig dafür rechtfertigen. Natürlich sollte man auch diejenigen, die am stärksten davon profitieren, Mobilfunk- und Internetanbieter sowie Seitenbetreiber, stärker in die Pflicht nehmen. – Das war es von meiner Seite.



## Quellen

- Kowalski, R. M., Guimetti, G. W., Schroeder, A. N., & Lattanner, M. R. (2014). Bullying in the digital age: A critical review and meta-analysis of cyberbullying research among youth. *Psychological Bulletin*, Advance online publication. doi:10.1037/a0035618
- Modecki, K. L., Minchin, J., Harbaugh, A. G., Guerra, N. G., & Runions, K. C. (2014). Bullying Prevalence Across Contexts: A Meta-analysis Measuring Cyber and Traditional Bullying. *Journal of Adolescent Health*. doi:10.1016/j.jadohealth.2014.06.007
- Nocentini, A., Calmaestra, J., Schultze-Krumbholz, A., Scheithauer, H., Ortega, R., & Menesini, E. (2010). Cyberbullying: Labels, behaviours and definition in three European countries. *Australian Journal of Guidance and Counselling*, 129-142. doi:10.1375/ajgc.20.2.129
- Schultze-Krumbholz, A. (2015). *Cyberbullying: Risk and protective factors, consequences and prevention*. (Dissertation), Freie Universität Berlin, Berlin. [http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS\\_thesis\\_000000100060](http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000100060)
- Schultze-Krumbholz, A., Zagorscak, P., Siebenbrock, A., & Scheithauer, H. (2012). *Medienhelden - Unterrichtsmanual zur Förderung von Medienkompetenz und Prävention von Cybermobbing*. München: Reinhardt Verlag.
- Smith, P. K., Mahdavi, J., Carvalho, M., Fisher, S., Russell, S., & Tippett, N. (2008). Cyberbullying: Its nature and impact in secondary school pupils. *Journal of Child Psychology and Psychiatry*, 49(4), 376-385. doi:10.1111/j.1469-7610.2007.01846.x
- Ybarra, M. L., Diener-West, M., & Leaf, P. J. (2007). Examining the overlap in Internet harassment and school bullying: Implications for school intervention. *Journal of Adolescent Health*, 41, S42-S50.
- Cybermobbing | Anhörung Abgeordnetenhaus | Dr. Anja Schultze-Krumbholz | 27.03.2017 | Seite 8



**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! Sie haben uns die Präsentation zur Verfügung gestellt. Wir werden die mit dem Wortprotokoll jedem zugänglich machen. – Wer von Ihnen möchte als Nächstes zu Wort kommen? – Frau Cegla, bitte!

**Sandra Cegla** (SOS – Sicherheit ohne Stalking): Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich heute vor Ihnen sprechen darf! Ich gucke mir dieses ganze Phänomen mehr aus der kriminalpolizeilichen Sicht an. Ich war 14 Jahre bei der Kriminalpolizei beschäftigt, habe mich über viele Jahre insbesondere im Bereich häuslicher Gewalt, Stalking und schwerer Gewaltdelikte spezialisiert, das heißt versuchter Mord, Totschlag usw. Vor anderthalb Jahren bin ich aus der Polizei ausgestiegen und kümmere mich jetzt für SOS-Stalking weiterhin um Opfer.

Ich kann komplett alles unterstützen, was meine Vorrednerin gesagt hat. Mir ist in der Praxis aufgefallen, dass Fragen der Cyberkriminalität immer wichtiger werden. Die Kriminalitätsfelder, von denen wir sprechen, hat es, psychologisch gesehen, schon immer gegeben. Wir haben aber jetzt das Phänomen, dass es eine ganze Menge Technik gibt, mit der das unterstützt werden kann, mit der eine sehr viel größere Reichweite möglich ist und damit bei den Opfern natürlich sehr viel mehr Schaden angerichtet werden kann. Ich sehe, dass Spyware immer größere Relevanz bekommt. Es ist heutzutage unglaublich einfach, die zu installieren, und sie findet tatsächlich auch flächendeckend Anwendung – All das, was ich erzähle, sind meine persönlichen Erfahrungen aus der Praxis. Das heißt, ich erhebe keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit.

Auf der einen Seite spielen hier Fragen der Technik eine Rolle. Gerade Frauen, die Opfer in bestimmten Kriminalitätsfeldern werden, haben sehr häufig kein gutes Bewusstsein für die Technik; sie haben sich im Vorfeld nicht wirklich damit auseinandergesetzt und auch ein bisschen Berührungsängste. Vor dem Hintergrund finde ich es ausgesprochen wichtig, gerade im Bereich der Cyberkriminalität viel Aufklärungsarbeit zu leisten, natürlich auf der einen Seite im psychologischen Bereich, auf der anderen Seite aber ganz besonders im Hinblick auf Technik: Wie funktioniert Technik überhaupt? Wie schnell ist so eine Spyware installiert? Wie wichtig ist Gefahrenbewusstsein, zum Beispiel im Umgang mit Social Media und mit meinen persönlichen und privaten Daten? Was davon gebe ich heraus, was eher nicht? Wie sieht es mit Sicherheitseinstellungen aus? Wie kann ich mein Handy oder alles, was ich im Cyberbereich an Daten, Accounts usw. habe, sichern und schützen?

Gerade im Bereich der häuslichen Gewalt haben wir es mit sehr intimen Vorbeziehungen zu tun, die entweder noch bestehen oder bestanden haben. Das heißt, auch hier gilt es, eine ganz besondere Sensibilität zu schärfen, weil viele Frauen im Rahmen der intimen Beziehung freiwillig ihre ganzen Daten herausgegeben haben oder sie zum Teil ausgespäht – nicht ausgespäht, aber Sie wissen, was ich meine – in die Hände des Täters kommen oder gelangt sind, der natürlich unglaublich viel Schaden damit anrichten kann. Auch ich spreche mich sehr dafür aus, dass in dem Bereich gerade für Frauen im Vorfeld sehr viel mehr Bewusstsein geschaffen wird, was technische Sachen und was ihren Schutz und den Umgang mit ihren persönlichen Daten angeht.

Eine kurze Zwischenfrage: Sprechen wir nur über das Cyberthema, oder sprechen wir auch über die Frauenhäuser? – Dann möchte ich kurz auch etwas zu den Frauenhäusern sagen. Da ich auch als Multiplikatorin für Opferschutz für die Kriminalpolizei tätig war, habe ich mich im Laufe meiner Laufbahn sehr auf die Bedürfnisse von Opfern spezialisiert. Schon vor fünf Jahren hatten wir erhebliche Probleme, die Frauen, die von sehr schweren Gewalttaten betroffen waren, in Frauenhäusern unterzubringen. Es hat sich vor fünf Jahren schon abgezeichnet, dass der Bedarf sehr viel höher ist als das, was wir wirklich leisten können. Das hat für mich geheißen, dass ich für eine Frau, die gerade einen versuchten Totschlag hinter sich hatte, einen halben Tag herumtelefonieren musste, mit Opferschutzbeauftragten und diversen anderen Leuten, die sich in dem Bereich gut auskennen, und es nicht möglich war, die Frauen unterzubringen, aufgrund von Überfüllung, weil vielleicht keine Kinderbetreuung gewährleistet werden konnte, aufgrund von fehlenden Dolmetschern, wo gesagt wurde: Die Dame kann gar kein Deutsch sprechen, also können wir sie hier auch gar nicht betreuen. – Das war für mich damals schon sehr frustrierend. Wenn wir uns jetzt angucken, wie die Entwicklung innerhalb der letzten Jahre weiter gelaufen ist, muss ich sagen, dass sich die Situation verschärft hat. Es

ist immer schwieriger geworden. Es wird immer schwerer, überhaupt adäquate Frauenhausplätze zu finden, und es ist absolut dringend notwendig, dort nachzubessern, mehr Geld zur Verfügung zu stellen und vor allem auch die Träger zu animieren, neue Angebote aufzumachen. Die sind dringend notwendig. – Dabei würde ich es erst einmal bewenden lassen und freue mich auf Ihre Fragen.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Frau Köhler, bitte!

**Dipl.-Soz. Beate M. Köhler** (FRIEDA – Beratungszentrum für Frauen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Danke, dass Sie mich eingeladen haben! Ich bin Beate Köhler, Beraterin und Koordinatorin beim Anti-Stalking-Projekt, das unter dem Dach des FRIEDA-Frauenzentrums arbeitet. Ich komme also aus dem Stalking-Bereich, das ist der Schwerpunkt meiner Arbeit, und ich kann nur von meiner Arbeit berichten.

Heute soll es um Cybergewalt und Cybermobbing gehen, was mit verschiedensten digitalen Angriffsformen durchgeführt wird. Für das Anti-Stalking-Projekt geht es neben der Nachstellung und Verfolgung unter Zuhilfenahme von digitalen Medien, also Cyberstalking, auch um Cybermobbing, Cybersexismus und um weitere Formen der sexualisierten Gewalt, die im Netz ihren Platz finden.

In den letzten Jahren hat sich der Straftatbestand des Stalking ausgeweitet. Unter Hinzunahme von modernen Kommunikationsmöglichkeiten entstand eine Vielzahl neuer Angriffsformen. Dabei ist Cybergewalt in erster Linie nicht ein abstraktes Internetproblem, sondern die Weiterführung von Gewalt, die im realen Raum beginnt und im digitalen Raum ihre Fortsetzung findet. Es ist eine Gewalt, die zum großen Teil gezielt gegen Frauen gerichtet ist.

Das Anti-Stalking-Projekt berät seit 2014 von Stalking betroffene Frauen und in letzter Zeit zunehmend auch Frauen, die von Cybergewalt betroffen sind. In meiner Praxis stellen allerdings reine Cyberstalkingfälle den kleineren Teil dar; von zehn Beratungen sind es ungefähr zwei. Es zeigt sich aber, dass bei zehn Beratungsgesprächen mindestens in sechs bis sieben Fällen technische Kommunikationsmittel eine Rolle spielen. Dadurch hat das Stalking eine neue Qualität erhalten. Heute ist es möglich, eine andere Person ohne deren Wissen und ohne deren Zustimmung 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr von jedem beliebigen Ort aus, sofern man mit technischen Mitteln ausgestattet ist, zu beobachten, zu verfolgen, sie bloßzustellen, zu diffamieren oder zu überwachen, und das teils mit einem kleinen Aufwand. Hinzu kommt, dass diese Form von Gewalt nicht im persönlichen Kontakt stattfindet, sondern die Anonymität dem Täter einen besonderen Schutz und Sicherheit bietet. Darüber erscheint diese Art der Nachstellung als permanenter und zugleich weniger fassbar.

Die Bedrohungen, die die Frauen erleben, gehen heute nicht nur vom Täter aus, sondern auch der digitale Raum selbst wird als bedrohlich, nichtvergessend und übermächtig empfunden. Hinzu kommt, dass wir nicht weglaufen können, da Handys und PC heute für uns ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit, aber auch unserer privaten Kommunikation geworden sind und sie uns ständig umgeben.

Der Terror, den die Frauen erleben, die zu mir in die Beratung kommen, sind massenhafte E-Mails, Verfolgung und Orten des Warenbestellens unter meinem Namen, das Eingreifen in

meine Bankgeschäfte, um nur einige zu nennen. Eine ganz große Form, die wir erleben, ist aber die sexualisierte Gewalt im Netz, also das Androhen oder das tatsächliche Verschicken von Fotos, die in einer privaten Beziehung gemacht worden sind, in einer intimen Beziehung, wo sie auch in Ordnung sind. Wenn diese Fotos oder Filmsequenzen allerdings in die Öffentlichkeit verteilt werden, dort geteilt oder meiner Chefin zugesandt werden, können Sie sich bestimmt vorstellen, wie schambesetzt das ist, wie viel Scham dahintersteht.

Aber es kommen tagtäglich neue Möglichkeiten hinzu, und diese neuen Möglichkeiten greifen in nahezu alle Lebensbereiche der Betroffenen ein. Über körperliche und psychische Folgen hat meine Vorgängerin schon kurz etwas gesagt. Es geht aber auch um die Entfremdung von Freunden, um das In-die-Brüche-Gehen von Beziehungen wie auch um den Verlust des Arbeitsplatzes bis hin zur Isolation oder zum sozialen Tod, was bedeutet, dass ich sämtliche soziale Kontakte aus meinem Umfeld aufgeben muss, weil ich umziehen muss oder weil ich sonstige Schutzmaßnahmen habe. Das führt dazu, dass viele Frauen tatsächlich über Suizid nachdenken, und ich habe viele Klientinnen, die schon Suizidversuche hinter sich haben.

Für mich stehen aber auch noch die wirtschaftlichen Folgen ein Stück weit im Vordergrund, und die dürften hier auch eine Rolle spielen. Von Stalking Betroffene haben sehr hohe Fehlertage, sie sind oft krankgeschrieben.

Das Anti-Stalking-Projekt berät und begleitet seit 2014 von Stalking und Cyberstalking betroffene Frauen. Wir beraten in erster Linie Frauen. Wir machen reine Opferberatung – oder wie wir es nennen: Betroffenenberatung – und bieten den Frauen einen geschützten Raum, in dem sie sich sicher bewegen können. Wir berücksichtigen die individuellen Bedürfnisse der jeweiligen Frauen, beraten parteilich unter Berücksichtigung weiblicher Sozialisation. Wir fokussieren mit unserer Beratung und Begleitung die Stärkung der Selbstbestimmung von Frauen. Unser Ziel ist es, mit jeder Betroffenen einen individuellen Weg zu finden, damit ihre Lebenssituation sich stabilisieren und das Stalking ein Ende finden kann.

Den Frauen entstehen bei dieser Art von Beratung keine Kosten. Was die Beratung in der psychosozialen Begleitung angeht, können wir die zum jetzigen Zeitpunkt teilweise abdecken. Die finanzielle Ausstattung des Anti-Stalking-Projektes beinhaltet lediglich eine 35-Stunden-Stelle, die über eine Fraueninfrastrukturstelle finanziert wird. Wir haben keine Regiekosten oder Sachmittel. Die technische Beratung und Begleitung ist zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der prekären Ausstattung für uns nur bedingt machbar. Es fehlen Mittel zur Weiterbildung, aber auch für technische Ausstattung.

Das schnelle Auftreten von weiteren digitalen Angriffsmöglichkeiten sowie die ständige Weiterentwicklung der technischen Geräte erschwert uns die Arbeit extrem, und es ist an manchen Stellen nicht möglich, zeitnah fachspezifische Hilfe zu bieten. Wir verweisen an dem Punkt auf in Berlin bestehende Partnerinnenprojekte, von denen wir allerdings wissen, dass sie langsam, aber sicher an ihre Leistungsgrenzen stoßen.

Im Jahr 2016 hat das Anti-Stalking-Projekt mit dem FRIEDA-Frauenzentrum e. V. zusammen einen Fachtag unter dem Titel „Cyberstalking entgegentreten – aktuelle Herausforderung in der Beratung für Frauen“ konzipiert und dazu eingeladen. 90 Personen aus unterschiedlichen Verantwortungsbereichen – Beratungsstellen, Polizei, Gleichstellungsbeauftragte von Bezirken und Universitäten, Jobcenter, Justiz und andere – sind unserer Einladung gefolgt. Wir

haben im Laufe dieses Fachtages Möglichkeiten, Handlungsbedarfe und Forderungen erarbeitet, die wir in einer Broschüre zusammengefasst haben. Bei diesem Fachtag kam immer wieder aus den unterschiedlichen Verantwortungsbereichen die Forderung nach einer Fachstelle zur Beratung und Begleitung von Cyberstalking und ähnlichen digitalen Gewaltformen.

Des Weiteren wurden folgende Bedarfe zusammengetragen, die sich zum Großteil hier vorn wiederfinden. In erster Linie brauchen die Betroffenen psychosoziale Begleitung, und diese sollte ausgebaut werden. Es muss eine bessere Ausstattung der Beratungs- und Anlaufstellen gegen Gewalt gegen Frauen erfolgen. Die vorhandene Infrastruktur dieser Beratungsstellen sollte ausgebaut und gestärkt werden. Die Möglichkeit der Medienkompetenz für alle Frauen sollte ausgebaut werden, und wir sollten hier nicht nur auf die jungen Mädchen schauen, sondern wir sollten auch schauen, wie Frauen im fortgeschrittenen Alter mit ihren Daten umgehen und welche Unterstützung sie brauchen. Wir haben Handlungsbedarfe auf der rechtlichen Ebene, und wir brauchen eine differenzierte Datenerhebung sowie den Ausbau der Unterstützungs- und Vernetzungswerke.

In meinen Augen ist es extrem wichtig, dass wir interdisziplinäre Expertinnenteams bilden, die aus Ermittlungsbehörden besteht wie Staatsanwaltschaft, Polizei, die in letzter Zeit große Fortschritte macht, was das Thema Stalking betrifft – man muss auch mal etwas loben –, aus weiteren Beratungsstellen, Frauenhäusern, IT-Fachberatung und Medienfachfrauen und die präventiv – das ist in meinen Augen auch ganz wichtig – die Täterarbeit beinhalten. – Danke schön!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Herr Ortiz-Müller, bitte!

**Dipl.-Psych. Wolf Ortiz-Müller** (Stop-Stalking, KUB e. V.): Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Auch ich danke wie meine kompetenten Vorrednerinnen für die Einladung! Als Letzter in einer solchen Runde läuft man Gefahr, sich zu wiederholen oder das zu betonen, was im Grunde genommen schon gesagt wurde.

Ich will einen Schritt zurückgehen, zurück zur Differenzierung verschiedener Begriffe. Mobbing kennen wir ursprünglich aus dem Bereich der Arbeitswelt, Cybermobbing entsprechend. Bei Stalking, wofür ich mich als Experte im eigentlichen Sinn verstehen würde, gibt es eine ganz unterschiedliche Dynamik. Bei Stalking – das muss man sich immer wieder klarmachen – will jemand im Grunde genommen Beziehung schaffen, oder er kann nicht aufhören, an einer Beziehung mit ganz fatalen Mitteln zu arbeiten, um irgendetwas wiederzubekommen. Beim Mobbing ist die Tendenz, die Richtung nach außen. Da soll jemand ausgeschlossen werden. Es ist wichtig, sich das noch einmal klarzumachen.

Ich finde es auch wichtig, sich klarzumachen, dass Stalking klassischerweise etwas ist, das zwischen zwei Personen abläuft. Beim Mobbing ist es ganz häufig die Situation einer Gruppe gegen eine Person. Es gibt natürlich auch Überschneidungen – beim Stalking werden andere mit einbezogen, sowohl auf der Täter- als auch auf der Opferseite. Aber von diesem Ausgangskonstrukt her ist es gut, sich das klarzumachen.

Es gibt auch bei den Stalkern häufig eher eine Scham; sie versuchen, im Verborgenen vorzugehen. Mobbing zielt gerade auf die Herstellung von Öffentlichkeit. Es gibt aber bestimmte

Bereiche, bei denen es Überschneidungen gibt, sowohl von der Motivation her als auch von den Erscheinungsformen, wie es genannt wurde, wenn im Zuge eines Stalking inkriminierende Bilder ins Netz gestellt werden, um zum Beispiel am Ex-Partner Rache nehmen zu wollen. – So viel zu den Unterschieden oder Gemeinsamkeiten zwischen diesen Themen. Ich glaube, dass leicht eine Verwirrung bei den Begrifflichkeiten aufkommt, gerade weil es im Alltag Eingang gefunden hat zu sagen: Der mobbt mich, der stalkt mich. – Man muss bei der Verwendung der Begriffe sehr aufpassen, dass man nicht die wirklich von Stalking Betroffenen und Opfer quasi gar nicht mehr ernstnimmt, weil alles schon als Stalking oder als Mobbing erscheint.

Was bezüglich der Zielgruppen angesprochen wurde: Ich komme aus einer Beratungsstelle, in der wir keine Geschlechtertrennung machen. Wir beraten Opfer, Betroffene von Stalking; Männer und Frauen gleichermaßen. Wir beraten auch Täter und Täterinnen von Stalking gleichermaßen. In unserer Beratungsstelle treten 40 Prozent als Täterinnen in Erscheinung und suchen sich Hilfe. Da ist es schwierig, ganz zielscharf Zielgruppen auszumachen. Ich glaube, es gibt, wenn man sich die Forschungslage zu Cybermobbing anguckt, sicherlich diese Zielgruppe von Jugendlichen, was an den Schulen stattfindet. Es gibt auch die besondere Zielgruppe der Lehrer; darum ist es in den sozialen Medien auch stark gegangen. Es gibt die Zielgruppen bestimmter Minderheiten, wo jemand aufgrund bestimmter Merkmale im Netz gezielt gediss wird. Das soll alles nicht in Abrede stellen, dass das natürlich auch einen besonderen Bias Richtung Frauen haben kann. Die Studienlage, soweit sie mir bekannt ist, schwankt da, wie viel häufiger das Risiko ist. Mir ist eine Zahl bekannt von 1,5-fach mehr Frauen als Männer, die zu Mobbingopfern werden würden. Das macht aber auch deutlich, dass es nicht nur oder ein ganz spezifisches Thema ist, das Frauen betrifft.

Was ist mir noch wichtig? – Wie sieht die gesetzliche Lage bei uns oder in anderen Ländern aus? Da würde ich eher auf Fragen warten, um die Zeit nicht zu strapazieren. Ich komme aus einer Einrichtung, in der wir sagen, einerseits Primärprävention, andererseits aber auch das, was vielfach schon genannt wurde: Kompetenz im Umgang mit Medien, mit Daten stärken, dann aber auch sehen, dass man immer auch auf die Täter und Täterinnen einwirken muss. Gerade im Cybermobbingbereich legen viele Studien nahe, dass es nicht allen Tätern oder Täterinnen klar ist, was sie da eigentlich anrichten – durch die Anonymität des Internets oder weil es vielleicht nur mal etwas Spaßiges, Lustiges sein oder ein Witz gemacht werden sollte, ohne sich darüber klarzuwerden, was das für fatale Folgen haben kann.

Als letzten Punkt: Die Umkehrung von Macht und Ohnmacht von Tätern und Opfern ist im Netz viel leichter, dass man sich, um einer Diskriminierung zuvorzukommen, mit anderen zusammentut und dann auch mal dagegen losschlägt. Da mag es sein, dass sich die Rollen auch immer wieder überschneiden oder dass sie austauschbar sind. – So viel von meiner Seite an dieser Stelle. Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Wir kommen zur Aussprache. – Frau Kofbinger, bitte!

**Anja Kofbinger (GRÜNE):** Vielen Dank! – Vielen Dank, auch im Namen meiner Fraktion, dass Sie hier Rede und Antwort stehen, und vielen Dank für die einführenden Vorträge! Das war sehr interessant, weil es aus den verschiedenen Richtungen kam.



Ich finde es auch sehr schön, dass Frau Cegla heute hier ist. Sie sind mir aus dem politischen Raum bekannt, aber – es fiel mir wieder ein – Sie sind ja auch ehemalige Polizistin und das mit einer sehr langen Berufserfahrung. Ich finde es sehr interessant, dass Sie sich jetzt im Bereich Stalking bewegen und das Ganze aus einer bestimmten Sicht begleiten. Es ist sehr wertvoll, wenn man in diesem Bereich solche Quereinsteigerinnen hat. Deshalb geht meine Frage an Sie: Wir beraten das Thema hier im Bereich Gleichstellung, weil wir sagen, dass Frauen stärker betroffen sind. Sie haben schon eine Zahl genannt. Ich habe gehört, es seien doppelt so viele, aber das liegt, glaube ich, im Bereich des Ratens. Es gibt keine validen Zahlen, die das bestätigen können. Im Wesentlichen muss die Staatsanwaltschaft als Strafverfolgungsbehörde involviert sein. Da muss natürlich auch die Polizei involviert sein, und ich würde Sie bitten, konkret zu berichten, ob Sie auch aus anderen Bundesländern Erfahrungen haben. Wir vergleichen das immer gern mit anderen Bundesländern. Ich weiß, dass NRW da jetzt ein Programm aufgelegt hat. Das ist ganz neu, damit kann es noch nicht viele Erfahrungen geben. Aber vielleicht haben Sie aus anderen Bundesländern gehört, was man dort macht oder ob man dort etwas anders macht. Können wir uns als Berlinerinnen und Berliner vielleicht ein Beispiel nehmen? Wir möchten das selbstverständlich auch in die anderen Ausschüsse tragen und dort mit den Kolleginnen und Kollegen, auch im Innenausschuss oder bei Justiz, diskutieren. Es wäre also sehr wertvoll, wenn Sie uns das aus Ihrer Sicht schildern könnten.

Frau Köhler! Ganz interessant ist – das haben Sie zum Schluss gesagt –, dass Sie präventiv auch Täterarbeit machen. Was wird denn da bisher gemacht? Ich bin der gleichen Meinung; wir haben da, glaube ich, keine großen Differenzen. Aber ich bin überhaupt nicht darüber orientiert, was da bis jetzt gemacht wird oder was man in den nächsten Jahren aufsetzen sollte. Das ist ja auch eine interessante Frage.

Frau Schultze-Krumbholz! Sie machen ganz viel zur primärpräventiven Arbeit, Aufklärung in der Schule, daher an Sie die Frage: Was könnten Sie sich als wichtige erste drei Schritte vorstellen, was sollte in der nächsten Zeit geschehen? Wie finden wir einen besseren Einstieg in diese primärpräventive Arbeit? Das wäre mir sehr wichtig. Es handelt sich da sicherlich auch um den Bereich Schule, Bildung. Da müssen wir natürlich auch ran, das ist klar.

Herr Ortiz-Müller! Wie bewerten Sie denn die aktuelle Rechtslage? Sie haben das nur kurz angedeutet. Herr Maas hat in der letzten Woche wieder etwas Neues vorgelegt. Er bewegt sich da ja immer schrittweise weiter. Ist das schon ausreichend? Was muss noch geschehen, und was machen eigentlich andere Bundesländern? Wir bewegen uns, rechtlich gesehen, sehr stark auf der Bundesebene, nicht so sehr auf der Länderebene, und die Frage ist, ob Ihnen spontan etwas ganz Kluges einfällt, was wir auf der Berliner Ebene machen können. – Das waren schon meine Fragen, und später sage ich noch etwas zur Verwaltung. Danke!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Jetzt wäre Frau Vogel an der Reihe.

**Katrin Vogel (CDU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von meiner Fraktion herzlichen Dank an die Anzuhörenden, dass Sie heute hier sind und uns an Ihrem Wissen teilhaben lassen!

Meine Fragen richten sich an alle. Die erste Frage: Haben Sie Kenntnisse, wie sich das Problem Stalking, Cybermobbing in anderen Bundesländern verhält? Kann man sagen, dass Berlin

die absolute Hochburg ist, oder ist das überall gleichmäßig verteilt? Haben Sie Kenntnisse dazu? Das würde mich interessieren.

Wir haben in Berlin schon einige Projekte, die sich mit diesem Thema befassen. Wie würden Sie das bewerten – halten Sie die Anzahl der Projekte für ausreichend? Muss mehr gemacht werden? Wie verhält es sich in anderen Bundesländern mit der Anzahl der Projekte? Haben die deutlich mehr, oder haben die weniger als wir? Wo stehen wir da im Vergleich?

Eine weitere Frage: Was würden Sie Eltern raten, die vermuten, dass ihr Kind von Cybermobbing oder Stalking betroffen ist, oder die die Vermutung hegen, dass ihr Kind als Täter tätig wird? Was würden Sie solchen Eltern sagen? Wohin wendet man sich als Erstes? Was sollte man machen?

Die nächste Frage wäre, wie viele Fälle Sie pro Jahr in Ihren Beratungsstellen haben, also eine konkrete Zahl. Kann man sagen, dass die Zahl steigend ist oder nicht, und wenn sie steigend ist, ist das so, weil es mehr Fälle gibt oder weil das Beratungsangebot stärker wahrgenommen wird?

Die letzte Frage wäre: Wenn Sie die Chance hätten, einen Wunsch an den Senat zu äußern, dass eine Maßnahme umgesetzt wird, welche wäre das? – Danke!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Jetzt hat Herr Wild die Möglichkeit, Fragen zu stellen. – Sie sind heute in Vertretung von Frau Auricht hier.

**Andreas Wild** (AfD): So ist es! – Herr Ortiz-Müller! Was macht Ihre Beratung zu Stalking in Bezug auf Opfer anderes als es die Polizei tun kann? In Bezug auf Täter oder Täterinnen: Wie kommen die zu Ihnen?

Frau Cegla! Sie sagten, dass Frauen manchmal keinen Platz in Frauenhäusern bekommen könnten, weil keine Kinderbetreuung gewährleistet sei. Das verstehe ich nicht ganz. Dass wir mehr Platz in Frauenhäusern brauchen für Frauen, die flüchten müssen, ist nachvollziehbar. Ich kann aber nicht nachvollziehen, dass wir weitere Sozialindustrie in Form von weiteren Beratungsstellen für dieses Thema brauchen. Dazu bitte eine Einschätzung. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Jetzt ist Frau Schmidt an der Reihe.

**Ines Schmidt** (LINKE): Erst einmal vielen Dank, dass Sie gekommen sind! Das ist ein wirklich sehr wichtiges Thema. – Für mich ist eine Frage an Frau Köhler von FRIEDA übrig geblieben. Sie haben von einer Datenerhebung gesprochen. Was müsste aus Ihrer Sicht in dieser Datenerhebung enthalten zu sein, um damit arbeiten zu können? Wer müsste diese Daten zusammentragen? Das ist für mich interessant, was aus Ihrer Sicht wichtig ist.

Frau Köhler! Sie haben diese Expertenteams angesprochen. Ich stelle es mir so vor, als wenn das oben drüber eine Leitstelle ist. Sie sagen, es müsste die Polizei, es müssten die Staatsanwaltschaften dabei sein – aber wie stellen Sie sich das Expertenteam vor? Wer müsste mit drin sitzen, wie oft müssten die zusammensitzen, und welches Ziel hat es? Arbeiten die an der Prävention, erarbeiten die Daten, die zusammengefasst werden? – Ich weiß noch nicht, wo Sie mit diesem Expertenteam hinwollen. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Jetzt ist Frau Çağlar an der Reihe.

**Derya Çağlar** (SPD): Auch ich bedanke mich bei allen Anzuhörenden. – Wir sind hier im Gleichstellungsausschuss, und auch ich sehe, dass beide Geschlechter betroffen sind, dass es eine Ungleichstellung für alle ist, egal, wen es betrifft, dass es eine Ungerechtigkeit schon dort gibt, dass aber – Sie haben es öfter erwähnt – Frauen mehr davon betroffen sind. Deswegen haben wir es noch einmal hervorgehoben.

Meine Frage betrifft alle drei, die in Projekten arbeiten: Wie kommt jemand zu Ihnen, und wie sieht die Nachbetreuung aus, bzw. wo endet die Betreuung? Wie verlässt man die Betroffenen? Lässt man sie glücklich weg, oder haben sie eine Nachbetreuung in anderen Institutionen?

Herr Wild! Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie die Frauenhäuser als Sozialindustrie bezeichnen?

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Entschuldigung, Frau Çağlar! Die Fragen gehen nur an die Experten!

**Derya Çağlar** (SPD): Dann möchte ich sagen, dass die Frauenhäuser meiner Meinung nach keine Sozialindustrie sind. Eine Kinderbetreuung ist für Frauen, denen häusliche Gewalt widerfahren ist, manchmal nicht möglich, weil sie ins Krankenhaus müssen oder was auch immer, und deswegen muss eine Kinderbetreuung gewährleistet sein.

**Andreas Wild** (AfD): Ich kann Sie beruhigen, ich habe das auch gar nicht gesagt.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Hier muss niemand irgendwen beruhigen. Wir bleiben in unserer Geschäftsordnung. – Als Nächstes hat sich Herr Mohr gemeldet.

**Herbert Mohr** (AfD): Vielen Dank für Ihr Erscheinen! Meine Frage geht auch an alle in Ihrem Kreis: Gibt es bei den von Ihnen vertretenen Organisationen Möglichkeiten der kostenfreien Rechtsberatung? Bestimmt verfügen einige Stalkingopfer nicht über die notwendigen finanziellen Ressourcen, um eigenständig den Rechtsweg einschlagen zu können, was gerade bei der Verfolgung von Straftaten für Stalkingopfer sehr wichtig ist. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Weitere Fragen gibt es zunächst nicht. Wer möchte beginnen? – Herr Ortiz-Müller vielleicht, machen wir es jetzt anders herum.

**Dipl.-Psych. Wolf Ortiz-Müller** (Stop-Stalking, KUB e. V.): Die erste Frage war die von Frau Vogel nach den anderen Bundesländern. – [Zuruf von Anja Kofbinger (GRÜNE)] – Ach, nein, Frau Kofbinger! Entschuldigung! – Was die rechtlichen Rahmenbedingungen anderer Bundesländer angeht, weiß ich tatsächlich nicht so viel Bescheid. Ich weiß, dass Österreich ein Gesetz gegen Cybermobbing hat. Das ist seit dem 1. Januar 2016 in Kraft. Das hat Ähnlichkeiten zum und strukturelle Schwierigkeiten wie das Stalking-Gesetz, weil es bei diesen Straftatbeständen immer darum geht: Wo legt man die Schwelle fest, ab wann etwas wirklich strafbar ist, und wie ist dann die Verfolgung möglich? – Dabei stoßen wir auf ganz viele Problematiken, gerade mit den Providern, weil ganz vieles über Provider läuft, die nicht in unseren Rechtsräumen angesiedelt sind. Dazu würde ich nur sagen wollen, dass Gesetze nicht nur durch die Strafverfolgung ihre Qualität beweisen, sondern auch durch die Normverdeutlichung. Es ist wichtig, dass es ein Signal von der Gesellschaft gibt zu sagen: Das und das Verhalten ist ein Straftatbestand. – Damit werten wir die Opfer auf, Opfer einer Straftat zu sein und nicht von irgendeinem diffus zu fassenden zwischenmenschlichen Beziehungsstressgeschehen. Das ist ein Argument für eine Strafgesetzgebung, aber da muss man sicherlich viel abwarten und vorsichtig sein und kann die Erfahrungen aus Österreich abwarten.

Zu den Fragen nach den Erfahrungen der anderen Bundesländer: Mir sind keine Projekte so gut bekannt, dass ich sagen würde, dort gibt es Spezialstellen, die sich in einer angemessenen Art und Weise damit befassen würden.

Zur Frage, was ich Eltern und ihren Kindern raten würde: Ich würde raten, sich als Eltern über die Problematiken beraten zu lassen, den Kindern anzubieten, selbst zu Einrichtungen zu gehen, die sich mit den Folgen für Kinderpsychen befassen. Es kommt sehr darauf an, ob es schon in Richtung Suizidalität geht; dann gibt es Einrichtungen in der Stadt wie zum Beispiel neuhland e. V., aber das Entscheidende ist, dass Eltern und Kinder eine Beratungsstelle aufsuchen, auch im Täterbereich. Ich glaube auch, dass es in den Schulen schon viele präventive Projekte gibt, wo Lehrer ansprechbar wären, wenn es in diesem Bereich um Kinder geht.

Mehrere fragten nach der Zahl der Fälle pro Jahr in den Beratungsstellen. Bei Stop-Stalking beraten wir ca. 500 Stalking-Opfer jedes Jahr. Wir haben damit erst 2014 angefangen. Wir beraten die nicht nur einmal, sondern mehrfach. Das sind ca. 3 000 Beratungskontakte, die wir im Jahr haben. Das umfasst auch die Täter. Wir beraten ca. 120 bis 130 Täter und Täte-

rinnen von Stalking, und die kommen einerseits – das ist ganz erstaunlich – als Selbstmelder zu uns, weil es Menschen gibt, die, wie es im Vortrag meiner Kollegin schon gesagt wurde, mit dem Tätersein Schwierigkeiten haben, die das auch nicht okay finden und sich so auch nicht mehr kennen als Stalker, mit dem, was sie tun. Es gibt aber natürlich auch viele, bei denen wenig Einsicht da ist und die erst über Polizei und Staatsanwaltschaft zu uns kommen, die von der Polizei, manchmal von Rechtsanwälten geschickt werden. Dann gibt es aber auch den Umstand – was in unseren Augen noch zu wenig wahrgenommen wird –, dass die Staatsanwaltschaften oder die Amtsanwaltschaft in dem Fall Auflagen erteilt, dass statt einer Strafe, die oft wenig nützt, ein Täterkurs besucht oder eine Beratungsreihe bei einer Einrichtung in Anspruch genommen werden soll.

Damit wird zum Teil auch deutlich, was wir anders machen als die Polizei. Unsere Aufgabe ist ja nicht die Ermittlung, wie es Aufgabe der Polizei ist, sondern es ist das Empowerment, die Ertüchtigung der Stalking-Opfer, dass sie aus einer Opferposition, aus einer Opferrolle herauskommen, dass sie Schutzmaßnahmen ergreifen können. Das kann ganz praktisch sein, dass man eine spezifische Risikoanalyse macht und guckt, was für ein Profil ein Täter hat und wovor sie sich wie schützen können oder müssen. Dann geht es aber auch darum, die psychischen Folgen bei Stalking, die vielfach benannt wurden, in einer Art und Weise psychosozial zu bearbeiten, dass die Menschen nicht ausfallen, dass sie nicht weitergehende, längerfristige psychische Störungen entwickeln.

Es mag in solch einer Runde merkwürdig anmuten, man ist ja immer auch der Vertreter der eigenen Einrichtung, der sieht, wo die Kapazitätsgrenzen sind. Da ist ein Punkt, wo ich mich mit Frau Köhler an einem Ende wiederfinde, dass man sagen muss: Im Grunde genommen bedürfte es an verschiedenen Punkten einer Ausweitung, einer Aufstockung. Es gibt keine spezifische Rechtsberatung, weil wir Psychologen und Sozialarbeiter sind, aber wir leisten in dem Bereich im Vorfeld eine Rechtsberatung, wo wir gegebenenfalls weiterverweisen, wenn das im Einzelfall sinnvoll ist. – Es sind noch viele Fragen im Raum gewesen, aber ich mache hier mal einen Punkt und melde mich gegebenenfalls noch mal. Danke schön!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Frau Schultze-Krumbholz, bitte!

**Dr. Anja Schultze-Krumbholz** (Institut für Erziehungswissenschaft, TU Berlin): Die erste Frage war: Welche wichtigen ersten drei Schritte für die nächste Zeit würden den Einstieg in die Primärprävention erleichtern? – Das klingt jetzt trivial, aber ich würde sagen, der erste Schritt ist die Anerkennung, dass Primärprävention wichtig und nötig ist. Häufig hat Primärprävention das Problem zu beweisen, dass Sachen, die man verhindert hat, aufgetreten wären, wenn man diese Maßnahme nicht gemacht hätte. Das ist dann ganz oft eine ökonomische Rechnung, dass man sagt: Ach Gott! Wie viele haben wir jetzt dabei, die das sowieso nie gezeigt hätten? – Ich glaube, es wäre wichtig, dieses Signal zu senden: Primärprävention ist uns sehr wichtig.

Dann natürlich das Thema Geld. Natürlich braucht man Fördermittel, um entsprechende Projekte fördern zu können. Es gibt in Deutschland meines Wissens zwei evidenzbasierte Programme. Das ist einerseits das Programm „Medienhelden“, das wir entwickelt haben, und andererseits ist es ein Programm aus Münster. Beide Programme haben es tatsächlich schwer, flächendeckend umgesetzt zu werden. Das ist immer eine Sache der Schule. Es gibt dazu zweitägige Schulungsmaßnahmen für die Lehrer. Es ist immer ein Problem der Schule, das

beispielsweise zu finanzieren. Wenn man diese finanzielle Unterstützung bereitstellt, können Schulen ihre Lehrer schulen lassen, können sie zu dieser Fortbildung schicken. Dann ist das, wie gesagt, auch relativ nachhaltig, denn diese Lehrer, die das einmal gemacht haben, können das quasi den Rest ihrer Lehrerkarriere weiter in den Klassen durchführen.

Ich finde es wichtig – das überschneidet sich bei bisschen mit der Frage nach der Anzahl der Projekte in Berlin –, dass man Übersicht schafft, was eigentlich da ist. Zu Cyberstalking oder Stalking generell kann ich nicht so viel sagen, aber beim Cybermobbing ist es schon so, dass irgendwie jeder etwas dazu macht. Jede Schule, jeder Schulsozialarbeiter entwickelt für seine Schule eine eigene Maßnahme. Das ist natürlich sehr löblich, der Handlungsbedarf wird erkannt. Man kann aber auch gegenteilige Effekte erzeugen, indem man Leuten zeigt: Guckt mal! Das sind die optimalen Möglichkeiten zum Cybermobben. – Das muss man ausschließen können, und deswegen wäre eine evaluierende Begleitung wichtig oder eine Bündelung der Maßnahmen, dass man mal einen Überblick schafft: Was gibt es eigentlich? Was ist sinnvoll? – Das führt wiederum zurück zum Forschungsförderbedarf.

Kenntnisse über andere Bundesländer sind schwierig, weil es relativ wenige Studien gibt. Es gibt eigentlich keine deutschlandweite Studie, und wenn es größere Studien gibt, sind die Fallzahlen noch nicht ausreichend, um Vergleiche mit den anderen Bundesländern anzustellen. Da ist vor allem die vergleichende Forschung – diese Prävalenzzahlen – noch relativ am Anfang.

Zur Anzahl der Projekte in Berlin habe ich gerade etwas gesagt. Ich denke schon, dass an sich eine ausreichende Zahl vorhanden ist, aber man braucht unbedingt einen systematischen Überblick, was eigentlich da ist, um dann festzustellen, was möglicherweise fehlt.

Was rät man Eltern von Opfern und Tätern? – Wir würden ihnen zum Beispiel raten, sich eine Beratungsstelle zu suchen. Für Eltern ist das unglaublich schwierig, weil ihnen oft die Kompetenz mit diesen Medien fehlt und es von Schülern sehr schwer angenommen wird, wenn Eltern etwas zum Thema Handy oder Internet sagen. Wir raten dringend von Mediennutzungsverboten ab, also davon, das Handy wegzunehmen oder das Internet. Gerade bei Opfern, die nun wirklich gar nichts dafür können, führt das eher dazu, dass sie sich ihren Eltern überhaupt nicht mehr anvertrauen. Es ist absolut sinnlos zu sagen: Dann schalte doch das Internet aus, dann schalte das Handy aus –, weil das heutzutage in diesem Alter ein integraler Bestandteil des sozialen Lebens ist. Davon würden wir auf jeden Fall abraten. Förderlich wäre natürlich eine gute Beziehung zwischen Eltern und Kindern, dass sie wirklich darüber sprechen können und bei Tätern, dass Eltern deutlich machen können, dass sie dieses Verhalten nicht tolerieren werden.

Welche eine Maßnahme würde ich gern durch den Senat umgesetzt sehen? – Wenn das eine Wunschveranstaltung ist und jeder ist, wie Sie gesagt haben, der Vertreter seiner Einrichtung, wäre es für mich ein Traum, wenn wir das Programm „Medienhelden“ in ganz Berlin sehen würden.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Frau Köhler, bitte!

**Dipl.-Soz. Beate M. Köhler** (FRIEDA – Beratungszentrum für Frauen): Ich versuche mal, die Fragen zusammenzubekommen. Die erste kam von Anja Kofbinger, es ging um die Täter-

arbeit; Sie fragen mich als Opferberaterin nach der Täterarbeit. In Berlin gibt es in meinen Augen eine ziemlich gute Täterarbeit, und Herr Ortiz-Müller und sein Team greifen auf langjährige Erfahrungen zurück; so erfahre ich das jedenfalls. Ich finde die Täterarbeit sehr wichtig, ich finde die Opferarbeit auch wichtig. Die Täterarbeit finde ich von daher aber wichtig, da ich nicht viel von den Strafen – sprich: Gefängnisstrafen bei Stalking – halte, weil ich das Gefühl habe, die Täter sitzen da und können sich 365 Tage lang überlegen: Was mache ich denn mit der, wenn ich rauskomme? – Insofern finde ich Täterkurse oder auch psychologische Beratung wesentlich sinnvoller. Deswegen ist die Täterberatung durchaus ein wichtiger Punkt.

Was bis dato alles gemacht wird? – Ich denke, Herr Ortiz-Müller hat ein großes Spektrum, was sie anbieten, neben der Beratung verschiedene Kurse, auch Präventionskurse, und das halte ich für eine ganz wichtige Sache, weil ich denke, Täter sind nicht glücklich mit dem, was sie tun. Das ist uns durchaus bewusst, auch wenn für uns die Befindlichkeiten der Opfer im Vordergrund stehen.

Die nächste Frage kam von Frau Vogel. Was die Kenntnisse über andere Bundesländer betrifft, habe ich wenig. Das hat meine Vorgängerin ganz gut ausgeführt. Ich würde die Bewertung der Angebote, die es in Berlin gibt, etwas anders einschätzen. Für mich sind die Angebote hier durchaus noch ausbaubar und erweiterbar, da wir uns nicht über fehlende Arbeit beschweren können und ich es durchaus wichtig finde, zeitnah beraten zu können.

Sie haben gefragt, was wir Eltern raten würden. Ich würde jedem Elternteil raten, erst mal zu versuchen, mit dem Kind in Kontakt zu kommen, würde ihm anbieten, gemeinsam mit ihm eine Beratung aufzusuchen oder für das Kind eine Beratungsstelle zu finden, weil ich als Mutter weiß, dass es Themen gibt, über die die Kinder nicht mit den Eltern sprechen. Da sind wir nicht wirklich die ersten Vertrauenspersonen. Ich würde mir darüber hinaus überlegen, unter Umständen in Kontakt mit den anderen Eltern zu treten und inwiefern ich eine Unterlassungsklage mache. Wenn das alles nichts nützt, würde ich durchaus den Gang zur Polizei anraten, weil es wichtig ist, dass man eingreift und das Ganze nicht zu groß werden lässt.

Zur nächsten Frage, die auch von Ihnen kam: Ich habe letzte Woche 20 Stunden Beratung gemacht. Von diesen 20 Stunden habe ich drei Erstberatungen gemacht, die normalerweise drei Stunden dauern. Darüber hinaus habe ich noch zehn weitere Frauen beraten. Ich habe also insgesamt 13 Frauen in der Woche, die ich zu diesem Thema berate, teilweise vis-à-vis, aber auch per Internet oder per Telefon.

Wie kommen die Frauen zu mir bzw. zu uns? – Zu mir ins Anti-Stalking-Projekt kommen die Frauen, weil sie im Internet nachgeschaut haben oder über Mundpropaganda von uns wissen. Ich habe aber in der Zwischenzeit auch eine Kooperation mit der Polizei, und ganz oft ist es so, dass Frauen zu mir kommen und sagen: Die Polizei schickt mich zu Ihnen. – Ich frage dann immer: Was haben sie denn gesagt, was soll ich denn mit Ihnen machen? – Ja, Sie sollen mal gucken, dass es mir wieder besser geht. – Das heißt, ich versuche, diese Frauen ein Stück weit zu stabilisieren, um sie dann den Weg gehen zu lassen oder mit ihnen den Weg zu gehen, der auf sie zukommt. Das finde ich immer ganz gut. Ich versuche auch, mit den Frauen eine Dokumentation ihres Falls zu machen, sodass die Polizei gut damit arbeiten kann, was sie mir auch immer wieder spiegelt.



Jetzt sind wir bei Wunsch-dir-was: Ich wünsche mir einen Ausbau der psychosozialen Beratung und Begleitung dieser Frauen, denn es ist in meinen Augen nicht mit einer puren Beratung getan. Wir dürfen die Frauen nicht allein lassen. Das Anti-Stalking-Projekt berät Frauen und begleitet sie über einen langen Zeitraum. Ich habe auch die Möglichkeit, die Frauen zu verschiedenen Behörden zu begleiten, wenn sie es wünschen, und sie wünschen es sich manches Mal.

Später kam die Frage, wie die Frauen aus der Beratung rausgehen: Die Begleitung endet im Anti-Stalking-Projekt zu dem Zeitpunkt, zu dem die Frau sagt: Frau Köhler! Ich glaube, ich brauche Sie jetzt nicht mehr. – Das entscheiden ein Stück weit die Frauen, außer wenn mir klar wird, dass eine Abhängigkeit entstanden ist. Dann sage ich zu den Frauen: Jetzt haben wir das besprochen, und ich habe Sie so stark gemacht, dass Sie den Weg allein weitergehen können. – Ich bleibe aber im Hintergrund immer ansprechbar. Es gibt Frauen, die das über einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen. Es gibt Frauen, die kommen und zum Beispiel sagen: Ich werde den niemals anzeigen. Das ist der Vater meiner Kinder. – Es kommt dann aber doch oft zu einer Anzeige, wenn die Frauen eine gewisse Stabilität erhalten und einen gewissen Mut gefasst haben. Da ist für mich die psychosoziale Begleitung ein ganz wesentlicher Punkt, und die würde ich gern ausgebaut sehen.

Dann kam die Frage, warum ich ausdifferenziertere Zahlen haben möchte. Ich möchte, dass das erfasst wird. Wir haben ja vorhin gehört, dass es deutschlandweit wenig Zahlen gibt. Für mich ist es wichtig, ausdifferenzierte Zahlen nach Tätern und nach Opfern, aber auch nach Frauen und Männern zu haben, da Frauen aus meiner Erfahrung eine andere Sozialisierung erhalten und wir Frauen anders als Männer beraten sollten.

Was ich mir mit Expertinnenteams wünsche: Wenn es um eine gute Begleitung von Frauen geht, damit das Stalking ein Ende nimmt und sie stabilisierter herausgehen können, brauchen wir interdisziplinäre Teams. Ich brauche eine Täterberatung, ich brauche die Polizei. Um das wirklich gut machen zu können, ist es wichtig, dass die Frauen nicht von einem zum anderen geschickt werden, sondern dass wir das ein Stück weit gemeinsam organisieren und den Frauen klar sagen können: Dort erhalten Sie diese Hilfe, und dort erhalten Sie diese Hilfe. – Dafür müssen wir uns vernetzen und verknüpfen, um zu wissen, wer eigentlich welche Art von Hilfe anbietet. Das ist das Ziel.

Von Frau Çağlar, kam die Frage, wer zu uns kommt und wie die Leute zu uns kommen. Das habe ich schon versucht zu beantworten. Die Frauen kommen aufgrund von Mundpropaganda, über das Internet und teilweise über die Polizei, manches Mal auch von anderen Beratungsstellen, wenn die der Meinung sind, dass wir vielleicht besser zu der Klientin passen.

Zum Schluss war noch die Frage nach kostenfreier Rechtsberatung. Im Anti-Stalking-Projekt habe ich die gute Situation, dass wir eine Anwältin haben und in anderen Frauenzentren auch Anwältinnen, u. a. Strafanwältinnen haben, die eine Erstberatung von ca. 20 Minuten für die Frauen machen. Danach schauen wir, wie es weitergehen kann, auch wenn die finanziellen Mittel bei meinen Klientinnen sehr rar sind.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Frau Cegla, bitte!

**Sandra Cegla** (SOS – Sicherheit ohne Stalking): Die erste Frage, die ich mir aufgeschrieben habe, war, welche Projekte es in anderen Bundesländern im Bereich von Cybermobbing und Cyberstalking gibt. Mir sind keine großen, durchschlagenden Projekte bekannt, die tatsächlich so tolle Konzepte vorgelegt haben, dass wir uns daran orientieren könnten. Da würde ich mich auch meiner Vorrednerin anschließen, die sagt, dass gerade in dem Bereich noch eine ganze Menge Bedarf besteht.

Grundsätzlich wird bei der Staatsanwaltschaft und der Polizei – aber das wissen Sie vielleicht besser als ich – schon seit Jahren darauf reagiert. Es werden entsprechende Fachdienststellen eingerichtet, die sich immer mehr mit den Bereichen der Cyberkriminalität auseinandersetzen.

Zahlen aus den anderen Bundesländern sind mir auch nicht bekannt, deswegen kann ich dazu nichts sagen.

Berlin im Vergleich: Ohne dass ich repräsentative Zahlen kenne, weiß ich, dass sich im Bereich von Großstädten die Kriminalität ein Stück weit ballt und deswegen ein besonderer, erhöhter Bedarf besteht.

Was würde ich Eltern raten, deren Kinder betroffen sind? – Ich würde ihnen tatsächlich raten, zur Polizei zu gehen, und zwar nicht, um eine Anzeige zu erstatten, sondern um sich ans LKA Prävention zu wenden. Mir persönlich sind nämlich nicht immer alle guten Beratungsstellen bekannt. Es gibt immer wieder neue Projekte, die entstehen, es gibt auch immer wieder Projekte, die zumachen müssen. Das LKA für Prävention ist für mich der Dreh- und Angelpunkt, die Anlaufstelle, wo man über gute Beratungsstellen Bescheid weiß, die nach eingehender Prüfung mit guten Beratungsstellen kooperiert und die natürlich auch eine Einschätzung geben kann, wann man eine Strafanzeige erstatten sollte und wann vielleicht nicht. Mein persönlicher Tipp ist das LKA Prävention, die sehr gut im Thema stehen.

Zu der Frage nach den Frauenhäusern und der Kinderbetreuung: Selbstverständlich gehen die Frauen, wenn sie aus ihrem häuslichen Umfeld flüchten müssen, wenn sie vielleicht gerade aus dem Fenster geworfen wurden und es gerade so geschafft haben, die Intensivstation zu überleben, nicht ohne ihre Kinder von zu Hause weg; das ist selbstverständlich. Natürlich muss es in Frauenhäusern auch die Möglichkeit der Kinderbetreuung geben, und das ist nicht in jedem Frauenhaus gegeben, weil entweder die Plätze nicht da sind, die Finanzierung nicht da ist oder möglicherweise das Fachpersonal fehlt. Das sind alles mögliche Gründe. Neben Dolmetschertätigkeiten halte ich auch die Kinderbetreuung für eine ganz wichtige Aufgabe, die geleistet werden muss.

Was habe ich noch für Fragen notiert? – Für SOS-Stalking kann ich noch keine belastbaren Zahlen nennen. Wir sind erst seit anderthalb Jahren auf dem Markt, und deswegen können wir noch nicht über Fallzahlen irgendwelche repräsentativen Aussagen treffen. Ich kann aber sagen – zu Ihrer Frage, die zwar nicht an mich gerichtet war, aber ich habe die Antwort darauf –, dass sich Expertenteams absolut bezahlt machen. Das ist genau das Konzept, nachdem wir arbeiten. Gerade im Bereich Stalking und zum Teil auch im Bereich des Mobbing ist es so, dass man sehr viele Experten braucht. Es gibt keinen einzigen klassischen Fall. Jeder Fall ist so unterschiedlich und benötigt so viel unterschiedliche Expertise in unterschiedlichen Fachbereichen. Zum Teil geht es über das Familiengericht, das heißt, man braucht Familienrechtsexperten. Manchmal ist es im Bereich Cyber, das heißt, man braucht IT-Experten, die

über bestimmte technische Formen Auskunft geben können. Man benötigt natürlich Psychologen und diverse andere Leute. Zum Teil sind es auch Fragen aus dem Arbeitsrecht, die da mit reinkommen. Das Bündel an Expertise, das gerade im Bereich von Stalking und Mobbing benötigt wird, ist so groß, dass man das gar nicht in einem festen Team abbilden kann. Man braucht dafür vielmehr Expertenteams, die abrufbar sind, wenn der Fall das entsprechend hergibt.

Wenn wir schon über Wunsch-dir-was reden: Ich persönlich wünsche mir mehr Frauenhäuser und natürlich auch sehr viel mehr Plätze, weil es meine Arbeit erheblich erschwert, dass ich die Frauen zum Teil, wenn sie wirklich unter erheblicher Gefahr stehen, nicht unterbringen kann. Das ist mein großer Wunsch.

Ein weiterer Wunsch – ich weiß natürlich nicht, ob Sie den hier umsetzen können, aber ich äußere ihn trotzdem – ist: Gerade in den letzten Jahren ist aufgefallen, dass im Bereich der Opferhilfe auch Suchtproblematiken eine große Rolle spielen. Viele Frauen, die über viele Jahre in ihren Beziehungen sehr schwer gequält werden, bei denen irgendwann dann die Eskalation kommt, dass sie vielleicht kurz vorm Tod gestanden haben, haben sich sehr häufig in irgendeine Art der Sucht geflüchtet, oder sagen wir, es kommt einfach häufig vor. Medikamentensucht, Drogen und Alkohol sind nicht abwegig. Wir haben aktuell keine Möglichkeit, solche Frauen unterzubringen. Die Frauenhäuser lehnen es ab, wenn Frauen aktiv in einer Sucht stecken, sie zu betreuen, weil sie nicht das entsprechende Personal haben, und gegenüber den anderen Frauen ist das nicht zu rechtfertigen. Das macht auch Sinn, heißt aber, wir haben einen absoluten Bedarf, gerade für Frauen, die in einer Suchtproblematik stecken, Angebote zu schaffen, dass sie gut betreut werden von Sozialarbeiterinnen und Psychologinnen, die sich mit dieser Thematik auskennen, die aber gleichzeitig auch mit der Gefahrensituation gut umgehen können. – Das ist erst einmal das, was mir noch im Gedächtnis geblieben ist. Falls irgendetwas unbeantwortet geblieben ist, antworte ich gerne.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Dann hat sich noch Herr Wild gemeldet. – Bitte!

**Andreas Wild (AfD):** Ich muss noch einmal nachfragen wegen dieser Kinderbetreuung, so dramatisch und so traurig diese Fälle sind. Wenn Sie sagen, da kommt jemand von der Intensivstation, hat also Gewalt gerade so überlebt, dann ist doch das Leben ohnehin irgendwie aus den Fugen geraten. Kinderbetreuung bräuchte ich ja, wenn ich dann weiter arbeiten gehe oder meinen Arbeitsplatz weiterhin ausfüllen möchte. Das passt in dem Zusammenhang mit dem aus den Fugen geratenen Leben nicht so ganz zusammen. Wenn es erst einmal um mein Leben geht und das Leben meiner Kinder, dann kann ich mich doch selber um meine Kinder kümmern, oder?

**Sandra Cegla (SOS – Sicherheit ohne Stalking):** Ich möchte gleich darauf antworten, weil ich glaube, hier liegt ein ganz erheblicher Irrtum vor. Ich habe den Eindruck, dass Sie von Kita- oder Krippenplätzen ausgehen. Davon spreche ich nicht. Ich spreche davon, dass die Frauen, die untergebracht werden und aus ihrem kompletten sozialen Umfeld abtauchen, damit sie vom Täter nicht gefunden werden, ihre Kinder mitnehmen können. Darum geht es. Hier geht es nicht um Kitas, Krippen oder Sonstiges. – [Andreas Wild (AfD): Ach so, im Frauenhaus selbst!] – Im Frauenhaus selbst, ja!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Dann hat jetzt die Senatorin die Möglichkeit, eine Stellungnahme abzugeben. – Bitte!

**Senatorin Dilek Kolat (SenGPG):** Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Danke schön auch meinerseits an die Anzuhörenden! Auch wir als Verwaltung haben ordentlich mitgeschrieben. Es geht darum, Maßnahmen gegen Cybergewalt in Berlin voranzubringen. Man muss aber ehrlich miteinander sein und feststellen, dass das Thema erst seit einigen Jahren

aktuell ist. Ich selbst habe auf zwei Konferenzen – Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenzen 2014 und 2015 – hierzu Anträge unterstützt und auf den Weg gebracht, und seitdem ist auch einiges an Fachtagungen und dergleichen passiert. Der Umstand, dass wir als Land Berlin das Anti-Stalking-Projekt bei FRIEDA finanzieren, zeigt, dass das Thema zwar angekommen ist, aber die Anhörung hat heute auch gezeigt, auch aus meiner Sicht, dass wir noch am Anfang stehen. Es hat sich noch einmal gezeigt – auch wenn wir FRIEDA mit dem Projekt finanzieren, auch wenn Fachtagungen stattgefunden haben und wir ressortübergreifend schon in Gesprächen sind –, dass wir noch ordentlich viel zu tun haben. Das wollte ich zunächst zur Einordnung vonseiten des Senates sagen.

Zu Recht wurde angesprochen, dass die Kapazitäten nicht ausreichen. Hier auch noch einmal die Information an die Abgeordneten: Wir sind in sehr intensiven Gesprächen miteinander, dass FRIEDA gestärkt wird, auch im Rahmen des nächsten Doppelhaushaltes. Es ist für uns ganz klar, dass wir dieses erfolgreiche Projekt, das der Senat finanziert, verstärken müssen und sollen.

Wir sehen aber auch Handlungsbedarf neben der Stärkung von Beratungs- und Begleitungsstellen, was heute deutlich geworden ist, und das wird ein Handlungsfeld sein – die Vernetzung zu verstärken. Das ist mir ganz wichtig; wir müssen hier ressortübergreifend arbeiten. Im Anti-Gewalt-Bereich gelingt das in Berlin. Da ist es Tradition, dass es eine Interventionskette gibt, dass der eine weiß, was der andere macht und wie man in welchem Fall wohin weiterverweist. Im Bereich Cybergewalt stehen wir da noch am Anfang. Auch dort ist die große Herausforderung, neben der Vernetzung eine solche Interventionskette zu definieren und gemeinsam zu entwickeln. Auch hier müssen alle Hand in Hand arbeiten, die Beratungsstellen, der Senat, aber auch innerhalb des Senats. Es sind, wie wir heute gemerkt haben, verschiedene Senatsverwaltungen betroffen. Justiz ist sehr stark betroffen, aber auch Bildung und Jugend. Ich möchte dazu mitteilen, dass wir mit diesen Senatsverwaltungen schon in sehr enger Abstimmung sind und dass auch ressortübergreifende Arbeitsgruppen senatsseitig anstehen.

Darüber hinaus will ich Sie in Kenntnis setzen, dass Berlin bei der nächsten Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz einen eigenen Antrag auf den Weg gebracht hat. Wir fordern vor allem das Bundesministerium für Justiz auf – es wurden die rechtlichen Maßnahmen angesprochen und dass es hier auch Handlungsbedarf gibt –, bei Maßnahmen gegen Hasskriminalität im Internet sicherzustellen, dass diese explizit auf Hassbotschaften gegen Frauen und sexistische Aktivitäten erweitert werden. Hier gibt es Fortschritte auf Bundesebene, keine Frage, gerade was die Unternehmen in sozialen Medien angeht. Immerhin ist es uns gelungen, dass durch diese Initiativen auf Bundesebene in dem Referentenentwurf die Gendersensibilität da ist; das ist zumindest unter Punkt 6 genannt worden. Wir bleiben da aber dran, dass sozusagen die Folgen und auch die rechtlichen Möglichkeiten im Netz auf Seiten der betroffenen Frauen und auch Männer gegeben sind.

Abschließend möchte ich noch etwas zum Thema Frauenhäuser sagen und das, was Frau Cegla an zwei Stellen gesagt hat, richtigstellen: Alle Frauenhäuser haben Kinderbetreuung. Das klang in Ihren Ausführungen vorhin ein bisschen anders. – Das Zweite ist: Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Frauenhaus mit der Begründung, hier wird die Sprache nicht gesprochen, eine von Gewalt betroffene Frau ablehnt. Es kann sich nur um einen Einzelfall handeln. Meine Bitte ist, solche Einzelfälle auch uns zu melden. Ansonsten: Die Engpässe, grundsätzlich was die Plätze angeht, sind auch Thema hier im Ausschuss. Wir haben das ja

auch heute auf der Tagesordnung – wachsende Stadt, dass wir mehr Plätze und Kapazitäten in den Frauenhäusern brauchen. Sie haben zwei Punkte aufgeführt: Fehlende Kinderbetreuung und das Thema, dass die Sprachkompetenz nicht da ist. Ich finde, das sind schwerwiegende Anmerkungen. Die würde ich erst einmal aus unserer Sicht, aus Sicht der Verwaltung, richtigstellen. Wenn es diese Einzelfälle gibt, würde ich Sie bitten, uns zu unterrichten. Dem würden wir gerne nachgehen.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Frau Kofbinger, bitte!

**Anja Kofbinger** (GRÜNE): Meine Frage geht jetzt an die Verwaltung; ich wollte mir erst einmal anhören, was dazu gesagt wird. Was ich auch sehr wichtig finde, ist im Prinzip die interdisziplinäre Arbeit. Wie ist Ihre Verwaltung, Frau Senatorin Kolat, mit den anderen verbunden? Wir haben das hier mehrfach gehört: Polizei ist wichtig – das heißt, das Innenressort –, Staatsanwaltschaft ist wichtig – das heißt die Justizverwaltung –, und natürlich ist die Bildungsverwaltung wichtig, das ist ja nun auch ein anderes Ressort. Uns fallen, wenn wir darüber nachdenken, bestimmt noch ein paar andere ein, die wir auch noch involvieren können; da bin ich mir sicher. Wichtig ist jetzt aber der Plan, wie man in Zukunft zusammenarbeitet. Ich weiß, dass Justiz etwas zu Stalking macht – ich glaube, eine große Veranstaltung am 4. April 2017. – [Dipl.-Psych. Wolf Ortiz-Müller hält einen Flyer hoch.] – Sie haben es mitgebracht; das ist ja schön! Das sollten wir vielleicht auslegen oder verteilen. – Das heißt, in dem Bereich tut sich etwas. Das ging recht schnell; das ist sehr erfreulich. Innerhalb des ersten halben Jahres wurde das schon organisiert und durchgeführt. Cyberstalking, Cybermobbing, Sie haben versucht, ein bisschen abzugrenzen, was was ist, aber eigentlich gehört das dazu. Meine Frage an die Verwaltung: Wie ist denn unsere Verwaltung involviert? Geht da jemand hin? – Ich weiß es wirklich nicht. Ich habe mir das jetzt auch nicht so genau durchgelesen, wer da alles auf dem Podium sitzt. Ich gehe da hin, aber: Geht Ihre Verwaltung da hin? Wie wird danach die Zusammenarbeit mit der Justizverwaltung aussehen?

An Herrn Ortiz-Müller: Inwieweit – Sie sind ja besser orientiert als Teilnehmer, auch Frau Köhler wird teilnehmen, habe ich gesehen – werden da auch Cyberstalking, Cybermobbing oder Cybergewalt eine Rolle spielen? – Also einmal an die Verwaltung die Frage der Teilnahme und an Sie oder auch Frau Köhler, wie sich das auf der Konferenz darstellt. Sodann können Sie die hier ja auch noch einmal bewerben.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. – Dann dürfen Sie jetzt antworten.

**Senatorin Dilek Kolat** (SenGPG): Ich würde gerne zu der senatsinternen Abstimmung etwas sagen, und zur Beteiligung an Fachkonferenzen sagt dann Frau Hentschel etwas. Wie berichtet, sind wir im engen Fachaustausch zwischen den betroffenen Senatsverwaltungen. Hierzu hat es mehrere Gespräche gegeben. Ich kann sie auch noch einmal aufzählen. Natürlich geht es um die Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung und der Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Polizei und LKA stehen hier natürlich im Fokus, aber auch die Staatsanwaltschaft ist an der Stelle zu erwähnen, ebenso die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Darüber hinaus gibt es natürlich BIG Koordinierung, FRIEDA-Frauenzentrum, Wildwasser, Mädchenzentrum Szenenwechsel, um einige zu nennen, mit denen wir schon in Fachgesprächen stehen. Aus den Fachgesprächen hat sich ergeben, dass Einigkeit darüber besteht, dass wir die Zusammenarbeit in Arbeits-

gruppen vertiefen. Hier geht es um Handlungsfelder, insbesondere was Vernetzung, Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit angeht, aber auch Förderung der Netz- und Medienkompetenz. – Ich würde jetzt gerne, wenn Sie gestatten, Frau Hentschel bitten, etwas zu sagen, was die Beteiligung an Fachkonferenzen angeht.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Frau Hentschel, bitte!

**Helga Hentschel** (SenGPG): Vielen Dank! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben die Fachtagung von FRIEDA finanziert, dass sie überhaupt stattfinden konnte, und selbstverständlich sind wir auch daran beteiligt und werten sie gemeinsam mit dem Träger aus. – Das Zweite ist, dass FRIEDA, wiederum als Träger, aktiv auch an der jetzt stattfindenden Konferenz zum Stalking, wozu gerade der Flyer verteilt worden ist, beteiligt ist. Selbstverständlich nehmen wir die Möglichkeit wahr, an diesen Fachkonferenzen teilzunehmen.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Jetzt habe ich keine weiteren Wortmeldungen.

**Dipl.-Psych. Wolf Ortiz-Müller** (Stop-Stalking, KUB e. V.): Es war noch eine Frage von Frau Kofbinger an mich gerichtet. Sie hat mir eine so schöne Steilvorlage gemacht, diese Konferenz zu bewerben, dass ich sie noch kurz erwähnen will. – [Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Ja, bitte!] – Wir sind nicht nur Teilnehmer, wir sind tatsächlich die Veranstalter, gemeinsam mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und Prof. Heinz, dem Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Charité. Diese Veranstaltung wird auf dem Gelände des Rudolf-Virchow-Klinikums stattfinden, es werden Experten aus Australien, England und dem deutschsprachigen Raum daran teilnehmen. 37 Referenten habe ich auf meiner Liste und viele Symposien und Foren. Frau Köhler macht einen Workshop zu Cyberstalking. Das ist aber in ganz vielen anderen Themen drin. Beim Stalking macht diese Unterscheidung auch nur gering einen Sinn, wenn man sagen würde, jede SMS, jede WhatsApp ist Teil von Cyberstalking im Sinne dessen, dass man sich da auf elektronische Möglichkeiten bezieht, und dann hätte man es nur mit Cyberstalking zu tun. Wir sprechen davon ja eher noch mal, wenn man wirklich illegale Accounts hackt oder so etwas in der Art macht. Auf der Konferenz findet das einen großen Raum, und daraus werden sicherlich noch einmal Vorschläge an die Politik gehen zu der Frage: Welche Modelle sollten da entwickelt und umgesetzt werden, um sich – besser und gut in der Berliner Politik aufeinander abgestimmt – gegen Stalking und Cyberstalking zu wappnen? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Damit vertagen wir den Besprechungspunkt. – Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen!

Wir kommen nun zum Antrag Drucksache 18/0183. Im Prinzip ist er vorhin schon von Ihnen begründet worden. Gibt es zu dem Antrag noch Redebedarf? – Herr Kluckert, bitte!

**Florian Kluckert** (FDP): Ich habe eine Frage dazu. Wir sehen es auch so, dass die Frauenhausstruktur ausgebaut werden muss. Was mich ein bisschen stutzig gemacht hat, war die Formulierung „und andere geeignete Schutzeinrichtungen“.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Herr Kluckert! Entschuldigung! Es geht um den Antrag Drucksache 18/0183 – Selbstbestimmtes, gewaltfreies Leben für Frauen in Berlin.



**Florian Kluckert (FDP):** Ja, aus dem Antrag zitiere ich.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Okay, Entschuldigung!

**Florian Kluckert (FDP):** Kann mir jemand noch genauer erklären, welche Schutzeinrichtungen außerhalb von Frauenhäusern das sein sollen? Damit habe ich so ein bisschen Bauchschmerzen.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Frau Kofbinger, bitte!

**Anja Kofbinger (GRÜNE):** Ich kann Ihnen das gerne erklären, ich habe den Antrag mitgeschrieben, aber ich dachte, das macht die Verwaltung. – Es gibt verschiedene Schutzeinrichtungen, z. B. Frauenzufluchtswohnungen. Wir haben einige Dutzend Plätze in Frauenzufluchtswohnungen in Berlin, das heißt, diese Frauen gehen nicht in ein Frauenhaus, sondern in eine Zufluchtswohnung, oder sie gehen, nachdem sie vielleicht kurz in einem Frauenhaus waren, in eine Zufluchtswohnung.

Ganz wichtig für mich ist es, dieses wunderbare neue Projekt, das Zweite-Stufe-Wohnen, auszubauen. Die Frauen gehen da auch in eine Wohnung, haben aber noch eine kleine Beratungsstruktur im Hintergrund. Sie sollen ja nicht in den Frauenhäusern bleiben, sondern sie sollen in Wohnungen gehen. Da Sie unseren Wohnungsmarkt gut kennen, nehme ich an, wissen Sie, mit welchen riesigen Problemen es verbunden ist – es sind oft Frauen mit ein, zwei, drei Kindern –, die richtige Wohnung zu finden. Dieses Projekt gehört auch zu den Schutzeinrichtungen, weil die Frauen immer noch eine Beratung im Hintergrund haben. Das sind die wesentlichen Punkte. – Die Beratungsstellen gehören selbstverständlich auch dazu. Nicht jede Frau muss sofort ihre Wohnung verlassen oder ist dazu in der Lage. Beratung ist da aber schon wichtig – was kann sie tun, wenn es häusliche Gewalt gibt? – Das ist eine Struktur um die Frauenhäuser herum.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Dann hat jetzt Frau Vogel das Wort.

**Katrin Vogel (CDU):** Vielen Dank! – Auch unsere Fraktion unterstützt selbstverständlich diesen Antrag. Ich möchte aber noch einmal ganz ausdrücklich sagen, weil das hier manchmal so im Nebensatz rüberkommt: Auch in der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns der Sache nicht verweigert. Es gab vielmehr immer die Aussage von der Senatsverwaltung, dass die Plätze in den Frauenhäusern damals dem Bedarf entsprochen hätten und teilweise sogar nicht vollständig genutzt worden seien. Mit der wachsenden Stadt ist der Bedarf höher. Mit den zugezogenen Flüchtlingen ist der Bedarf auch höher. Daher unterstützen wir selbstverständlich diesen Antrag.

Eine Sache ist mir aufgefallen, die mir in diesem Antrag fehlt. Wie geht es mit der Gewaltschutzambulanz weiter? Wir haben das in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebracht, und ich finde, das gehört in ein gewaltfreies Leben für Frauen mit hinein. Wir hatten sie 2014 erstmalig eingerichtet, dann bis 2016 die Mittel um ein Vielfaches aufgerüstet, sodass wir zum Schluss schon bei 750 000 Euro waren, die zur Verfügung standen. Die vertrauliche Spurensicherung war im letzten Jahr möglich, die Asservatenkammer wurde geschaffen. Jetzt haben wir zumindest schon den Ganztagsbetrieb in dieser Gewaltschutzambulanz. Der Plan

war eigentlich immer, sie 24 Stunden durchgängig offen zu halten. Damals wurde gesagt, der Bedarf würde bei 1,2 Millionen Euro pro Jahr liegen. Wie sind jetzt die Planungen, die die Senatsverwaltung – oder die Koalition – in der Richtung hat? – Danke!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Frau Vogel! Die Themen Gewaltopfer und Gewaltschutzambulanz liegen bei Justiz. Deswegen werden wir das hier in diesem Ausschuss nicht primär behandeln können. In dem Zusammenhang ist das aber natürlich ein wichtiger Hinweis, und wir werden den Sachstand abfragen. – Frau Kofbinger! Anträge müssen begründete werden von den Fraktionen, die sie einbringen. Wenn wir hier über einen Antrag diskutieren, dann muss natürlich auch der, der den Antrag einbringt, den Antrag gegen Kritik anderer begründen. Das ist nicht die Aufgabe der Verwaltung.

**Anja Kofbinger (GRÜNE):** Ich habe per Blickkontakt geprüft, wer jetzt antworten soll, weil es um eine erklärende Sache ging. Ich dachte, vielleicht wollte die Verwaltung etwas dazu sagen. Ich kann das jederzeit machen. Sie dürfen mich auch nachts um drei anrufen und mich fragen. Ich kann das aus dem Schlaf. Mir war aber erst einmal wichtig abzuklären, wer hier antwortet. Ich antworte ja gerne!

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Das wird Mobbing, nachts um drei Uhr!

**Anja Kofbinger (GRÜNE):** Da habe ich ja jetzt hier Expertise eingeholt. Da kann ich mich wunderbar wehren. – Noch kurz zur Frage – ich begründe das selbstverständlich gerne, wobei es hier gar keinen Dissens gibt, wir sehen alle die Notwendigkeit dieses Antrages, und alle sind froh, dass es jetzt endlich losgeht –: Hinsichtlich der Gewaltschutzambulanz kommt noch ein Antrag extra auf Sie zu. Es ist eine Teilung zwischen Justiz und Gesundheit gewesen. Das waren die Ressorts Heilmann/Czaja, die das in der letzten Legislaturperiode zusammen gemacht und auch zusammen finanziert haben. Deshalb haben wir gesagt, das wird zu viel, das machen wir extra. Aber gut, dass Sie darauf hinweisen. Wir haben fest vor, das noch in diesem Jahr auf jeden Fall als Antrag zu machen.

**Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers:** Vielen Dank! – Dann ist beantragt worden, über diesen Antrag sofort abzustimmen. Vorlesen muss ich ihn nicht. Wer dem Antrag Drucksache 18/0183 – Selbstbestimmtes, gewaltfreies Leben für Frauen in Berlin – zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Dann ist das einstimmig angenommen. Habe ich irgendetwas übersehen? – Nein. Vielen Dank, dann ist das so.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Frauenhausfinanzierung aufstocken – der  
wachsenden Stadt auch im Gewaltschutz Rechnung  
tragen**  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und  
Bündnis 90/Die Grünen)

[0012](#)  
GesPflegGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.